

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-71934](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-71934)

Der Ammerländer

(Fernsprecher Nr. 5)

Beitrag fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postanstalten und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigengebühr für die einspaltige Kleinzeile (ober deren Raum) für Auftraggeber aus dem Herzogtum Oldenburg 20 Pfg., für außerhalb des Herzogtums wohnende 25 Pfg. Reklamen kosten 75 Pfg. die Zeile. Anzeigen-Nachnahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten. Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch geschäftliche Mitwirkung eingespart werden müssen. — Plagiatvorwürfe bei Aufgabe der Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Plag wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 42

Westertiede, Mittwoch den 19 Februar 1919

59. Jahrgang

Erstes Blatt.

Hierzu ein zweites Blatt

Die Gegenbewegung.

(Von einem gelegentlichen Mitarbeiter.)

In Düsseldorf und Hannover, in Danzig und in Bromberg regt es sich in den Kreisen des Beamtenums und Bürgertums, der Lehrer und Schriftsteller, der Ärzte und Apotheker. Es ist nicht etwa die gefährliche Gegenrevolution, mit der man die Gemüter zu schrecken pflegt; jeder, der hören will, kann sich ohne Mißverständnisse überzeugen, daß kein Mensch, er mag vor der Revolution auch noch so weit rechts gestanden haben, die Wiedererneuerung der früheren Gemalten zurecht für möglich, ja auch nur für erwünscht hält. Man braucht gewiß von der Unmündigkeit einwillen noch gar nicht enttäuscht zu sein; deswegen werden auch ihre schärfsten Gegner nie noch lange nicht rückgängig machen wollen, selbst wenn sie dazu imstande wären. Denn das gäbe nur ein abermaliges Niederreißen, gäbe nur Bürgerkrieg und Hungersnot. Wir wollen aber endlich heraus aus diesen Zeiten des Übergangs und der Unsicherheit, der Kräftefaltung und der Rechtslosigkeit, und das kann selbstverständlich nur gelingen in Anknüpfung an die neuen Grundlagen, die wir uns seit dem 9. November geschaffen haben. Darüber besteht, wie gesagt, kaum irgendwo im deutschen Bürgertum auch nur die geringste Meinungsverschiedenheit. Wer anderes behauptet, tut es auf Kosten der Wahrheit.

Die Gegenbewegung, die wir mehr und mehr im Bürgertum haben gewinnen sehen, richtet sich denn auch, bald in dieser, bald in jener Form, gegen die Gewaltherrschaft, die mächtigste Minderheiten der Bevölkerung oder ihrer beruflichen Vertretung, den höchsten oder höchsten Behörden aufzusuchen suchen. Bald soll eine Stadterneuerung gezwungen werden, ihre Befugnisse einem völlig einseitig zusammengesetzten Rat zu übertragen, bald soll die Bürgerchaft unmittelbar unter das Joch irgendeiner beliebigen lokalen Herrenherrschaft gebeugt werden. In Danzig handelt es sich schon um größeres; hier soll das Generalkommando gezwungen werden, Schutzmaßnahmen gegen die Polen rückgängig zu machen — ansehnlich halten die Machthaber der Stadt es für doch verrät, wenn man deutschen Grund und Boden mit allem, was er birgt und trägt, vor raubgierigen Händen schützen will. Die Polen werden sich dieser Auffassung freudig annehmen, das glauben wir schon. Aber die Deutschen sind darüber in ihrer Mehrheit doch noch anderer Auffassung und so tat sich die Bürgerchaft wie ein Mann zusammen, um das Danziger Generalkommando in seinem Widerstande gegen die sonderbaren Summungen zu unterstützen. Was kommt ihr armen Teufel zum? Hören freilich die Blätter der Sozialistengemeinschaft. Ihr wollt die Arbeit einstellen? Gott, das bishen Arbeit hat ihr leistet — darauf ist doch die Gesellschaft, zumal die proletarische Gesellschaft wirklich nicht angewiesen. Doch wo bis jetzt die Probe auf's Exempel gemacht worden ist, hat die praktische Erfahrung diese Leichtfertigkeit nicht gerade bestätigt. In Hannover z. B. hat die Bürgerchaft binnen drei Stunden ihren Willen durchgeleitet. In Düsseldorf allerdings scheint sich der Kampf länger hinzuziehen, und es soll gar nicht gelehrt werden, daß seine Durchführung Eigenschaften voraussetzt, die man in weiten Schichten des an soziale Kriegsführung dieser Art noch sehr wenig gewöhnten Bürgertums zunächst noch vergebens finden wird. Aber wo entschlossene Führer vorhanden sind, pflegen solche Mängel sehr rasch zu verschwinden. Überdies stehen vielerorts auch die Wirtschaftsschicksale und die Gewerkschaften mit dem Bürgertum zusammen in der Wehr vor Gewalt und Unterdrückung und das hat bisher überall einen guten Bräutigam gegeben. Es ist Selbsthilfe nach dem Muster der Arbeiterchaft, die hier geübt wird; warum sollte auch nicht das Bürgertum das Gute übernehmen, wo es zu finden ist?

Etwas anders liegen die Dinge in Bromberg. Dort drohen die Eisenbahnbeamten des ganzen Direktionsbezirks Ende dieser Woche die Arbeit niederzulegen, wenn nicht endlich für einen besseren Schuß der Dinstag gefordert wird. Von den Eisenbahnern in Bromberg war die erste männliche Auflehnung gegen das andrängende Polentum ausgegangen, ihr mutiges Beispiel hatte andere Kreise der Bevölkerung mit fortgerissen und eine verheißungsvolle Welle der Selbstbestimmung schien von hier aus ihren Ausgang nehmen zu wollen. Die Bewegung ist in diesen Tagen in ihren Anfängen festgeblieben. Von hier aus gelang kürzlich der Postbote, daß die Grenzschutzbataillon sich mit Politik befaßt, statt zu kämpfen, und so ist es kein Wunder, wenn die politische Gefahr aus der kleinen noch deutlich geliebten Teil der Provinz Polen immer bedrohlicher umbrannt. Gerade die Eisenbahner aber haben die Polen genug kennengelernt, um ihrer Herrschaft mit Grauen entgegenzusehen. Sie verlangen von der Regierung Schutz ihrer Heimat, Hilfe für Weib und Kind. Ob diese Gegenbewegung nicht freilich schon zu spät kommt, kann man nicht wissen. Aber sie zeigt wenigstens an, wie sicherlos sich die Flammen entzünden und im deutschen Osten. Sie sollten auch anderwärts nicht übersehen werden, trotz der eigenen Sorgen, die heutzutage ja überall in deutschen Ländern zu Hause sind.

—* Berlin. Nachdem das Waffenstillstands-Abkommen Sonntag nachmittag unterzeichnet worden ist, erklärte Marschall Foch, daß die Frist von drei Tagen für die Kündigung des Foch seitgeleitet worden ist, weil zu erwarten sei, daß in kürzester Frist die Verhandlungen an über den Präliminarfrieden beginnen werden. Auch bezüglich der Kriegsgefangenen gab Foch erneut Erklärungen ab, die Ausfichten auf eine baldige Lösung der Frage zulassen.

— „Echo de Paris“ meldet: Foch hat in einem neuen Armeebefehl die Verwendung der deutschen Kriegsgefangenen außerhalb der militärischen Internierungslager verboten, damit auch ihre Arbeit im Aufbaue liegt.

Weimar, 16. Februar. Am Sonntagabend fand im Foyer des Nationaltheaters ein Empfang der Presse durch den Reichsministerpräsidenten statt. Zu dem Empfang hatten sich die Vertreter der Presse sehr zahlreich eingefunden, ebenso nahmen die Reichsminister Dr. Brüning, Dr. Voss, Götze, sowie der preussische Ministerpräsident Sirch daran teil. Der Reichsministerpräsident Scheidemann nahm Gelegenheit, die Presse in einer längeren Ansprache zu begrüßen. Er erklärte die Presse als einen gewaltigen Machtfaktor an und erklärte es als eine seiner vornehmsten Aufgaben, sofort bei seinem Amtsantritt mit der Presse in Fühlung zu treten. Er teilte mit, daß die Regierung in Aussicht genommen habe, durch Schaffung eines besonderen Pressehauses in Berlin den Kontakt zwischen Regierung und Presse auf innigste herzustellen. Der Vorsitzende der Pressevereinigung in Weimar, Verhob, dankte dem Reichsministerpräsidenten für die Anerkennung der Bedeutung der Presse und auch der Hoffnung Ausdruck, daß das harmonische Zusammenarbeiten von Regierung und Presse ununterbrochen im Gange bleiben möge.

In unangenehm Gesellschaft blieben die Teilnehmer beim Glase Bier noch geraume Zeit beisammen.

Weimar, 16. Februar. Reichspräsident Ebert wird in den Sonntagsfahrten der einzelnen Bundesstaaten, sowie auch in verschiedenen ausländischen Sonntagsfahrten amtliche Besuche machen. Zuerst wird er sich wahrscheinlich nach Wien begeben.

Weimar, 16. Februar. Das preussische Kabinett wird morgen im höchsten Maße eine wichtige Beratung abhalten. Die Sitzung wird sich mit der Vorbereitung, der preussischen Verfassungskommission, dem Aufammentritt der preussischen Nationalversammlung und der Frage der Beamtenräte beschäftigen.

Frier, 16. Februar. Reichsminister Erzberger ließ dem Marschall Foch ein Schreiben überreichen, in dem er darauf hinweist, daß die Lebensmittelverversorgung Deutschlands nur dann als sichergestellt angesehen werden kann, wenn einseitige Vereinbarungen über die Menge und Preise, sowie über die Vergrößerung der an Deutschland zu liefernden Lebensmittel getroffen werden. Erst wenn diese beiden Fragen zu erledigt worden sind, kann die Lebensmittelversorgung sichergestellt werden. Die deutsche Regierung sieht damit einverstanden, daß die deutsche Handelsflotte zur Ausführung dieses Zweckes zur Verfügung gestellt werde.

Osaka, 16. Februar. Präsident Wilson hielt auf der Pariser Konferenz eine große Rede über den Völkerverbund, in der er unter anderem hervorhob, daß alle Völkerverbünde der Welt in allen Fragen der Gerechtigkeit nicht mehr dem Zweifel und der Unsicherheit unterliegen, da der Völkerverbund die moralische Macht der öffentlichen Meinung der Welt verkörpert. Es handelt sich nicht um die Schaffung einer Kriegsfloze, sondern um einen Freundschaftsvertrag. Rängere Ausführungen widmete der Präsident dann dem Schicksal der deutschen Kolonien, deren hilflose Bevölkerung durch Deutschland unerträgliche Unmenschlichkeiten erfahren habe. Damit sei es für immer vorbei. Zum Schluß erklärte Wilson, das Völkerverbanden zwischen den Völkern, die dem Bunde angehören, sei für immer befestigt.

Berlin, 16. Februar. In der öffentlichen Sitzung des Staatsanwaltschafts ist die erste Sitzung des Verfassungsgerichtes erledigt worden.

Berlin, 16. Februar. Im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ist eine Zentralstelle für Volkshochschulwesen eingerichtet worden.

Hamburg, 16. Februar. Eine von über 200 Kapitänen und Schiffahrtsbeamten besuchte Versammlung des Vereins deutscher Kapitäne und Schiffahrtsbeamten der Handelsmarine befaßte sich in eingehender Besprechung mit der Lage der Seeschifffahrt und ihren traurigen Ausfichten. Es wurde folgende Entschließung gefaßt:

„Die Versammlung nimmt mit großer Besorgnis Kenntnis von der Entwicklung der Verhandlungen in Spa und Trier, welche die vollständige Auslieferung der deutschen Handelsflotte zu bedrohen scheinen, ohne daß den Besatzungen eine Gewähr für ihre Stellen und ihren weiteren Vortrieb gegeben ist. Die deutschen Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine, die befristet müssen, in

ihrer Gesamtheit für immer oder doch für mehrere Jahre vollständig erwerbslos gemacht zu werden, müssen von den Regierung Schritte fordern, die ihrer Not zu steuern geeignet sind.

Es ist bittere Not, die deutsche Seelente im Allgemeinen und deutsche Kapitäne und Schiffsoffiziere im Besonderen zwingt, sich noch einmal an die Nationalversammlung und Regierung zu wenden und sie zu beschwören, auch die äußersten Schritte nicht ungenutzt zu lassen, welche das drohende Unheil vielleicht noch abwenden können. Die Folgen einer Auslieferung der Schiffe an die Entente ohne Gewähr dafür, daß deutsche Besatzungen bis zum letzten Mann auf ihnen verbleiben, würden für die außerordentlich zahlreiche deutsche Seebeförderung eine Katastrophe bedeuten.“

München, 16. Februar. Die Erklärungen der Regierung zum Foch Hauptzogen sich bis Mitternacht hin. Nach lebhafter, teilweise erregter Debatte, in die der Ministerpräsident wiederholt eintritt, wurde einem Antrag des Landesvolkspartei einmütig zugestimmt, in dem in sechs Punkten die Bedingungen enthalten waren, unter denen der Landesvolkspartei dem Ministerpräsidenten Fochhauptz wieder das Vertrauen schenken sollte. Weiter wurde nach 1 Uhr mit allen gegen 25 Stimmen ein Antrag angenommen, den Inhalt, daß der Kongreß der Arbeiter, Soldaten und Bauernräte von der einstimmigen Gesamterklärung des Ministeriums Kenntnis nimmt und sich damit einverstanden erklärt. Es wurde Einigung darüber erzielt, daß der Ministerpräsident bis zum Montag abend an den Forderungen des Landesvolkspartei Stellung nimmt. An die öffentliche Sitzung schloß sich noch eine nächtliche Geheimkunft an, in der die verschiedenen Vorkommnisse zwischen Wehr- und Sozialisten, Unabhängigen und Bauernbündlern.

Bern, 15. Februar. Während sich die Regierungspresse über die Waffenstillstandsverhandlungen in der alten Weise äußert, schreibt Humanität: Wir haben gegen die Demobilisierung Deutschlands an sich keine Einwände zu machen, nur muß ihr die sofortige Demobilisierung der Entente und der Friedensschluß folgen. Statt dessen war bis heute die deutsche Entwaffnung nur das Vorpiel für den anstehenden Diebstahl von Soldaten, für die verkappte Umwertung des linken Rheinrums und für die Verkleinerung der preussischen Gebiete im Osten zu Gunsten Polens.

Bern, 15. Februar. Im französischen Senat erklärte der Minister für die verheerten Gebiete Lebrun: Bis Ende März werden 170 000 deutsche Kriegsgefangene in den verheerten Gebieten arbeiten. Sie werden zu Kompanien organisiert und unter Führung von Spezialisten arbeiten und von französischen Soldaten, die aus der Kriegsgefangenschaft in Deutschland zurückgeführt sind, überwacht werden. Die 2200 von Deutschland gelieferten Lastautos werden für die Verpflegung der verheerten Gebiete verwendet werden. Frankreich werde auch verlangen, daß Deutschland die 950 000 Stück Rindvieh, die vor der Besetzung in diesem Gebiete vorhanden waren, zum größten Teil zurückstellt. Der Senat nahm einstimmig eine Tagesordnung an, in der die Regierung aufgefordert wird, für die Wiederherstellung der verheerten Gebiete nach Möglichkeit Sorge zu tragen.

Rotterdam, 16. Februar. In Chicago ist ein Komplott der unabhängigen Arbeiter der Welt aufgedeckt worden, das die Ermordung Wilsons zum Ziel hatte.

Paris, 15. Febr. (Sabas.) Die Vertreter der Großenächte bielten nach der Konferenz eine neue Sitzung ab. Der Minister Churchill, der im Flugzeug von London hergekommen war, begann mit der Behandlung der russischen Frage. Die Vertreter der Mächte haben beschlossen, die Prüfung dieser Frage auf Sonnabend zu vertagen.

Paris, 15. Februar. (Reuter.) Da keine der Regierungen in Rußland die erste Bedingung der Alliierten, nämlich unter einander Waffenstillstand zu schließen, angenommen hat, besteht Grund zu der Annahme, daß sich die Alliierten Regierungen genötigt sehen werden, ihre Einladung zur Konferenz auf den Prinzen einzeln zu widerrufen.

London, 15. Februar. Westminster Gazette schreibt in einem „Die Vereinigten Staaten der Welt“ überschriebenen Artikel zum Völkerverbund, er werde die ganze internationale Politik auf eine neue Grundlage stellen. Die alliierten Regierungen wüßten, daß der Entwurf nicht vollständig sei, so lange Deutschland und Rußland ausgeschlossen seien. Es sei sicher, Deutschland im Völkerverbund zu haben, als außerhalb des Bundes. Sie sehen diese Frage geregelt werde, umso vorteilhafter sei es.

Lissabon, 15. Februar. (Reuter.) In Oporto und Nordportugal, wo die Republik wiederhergestellt ist, herrscht Ordnung. Eine monarchistische Abteilung unter dem Vorbehalt von Corvo hat sich bedingungslos ergeben. Die monarchistischen Führer Regueiros und Santos wurden verhaftet, andere sind entkommen.

London, 16. Februar. Lord Curzon meldet aus Tokio vom 13. d. Mts.: Fürst Yamagata ist gestorben.

Aus der Heimat — für die Heimat.

Westerstede, 18. Februar 1919.

Am Sonntag abend gegen 8 Uhr ist beim Gastwirt Gerdes in Burgforde aus dem Hausfrau ein gutes Damen-rod gestohlen worden. — Ein in Hollwege in Dienst stehender, aus Ostfriesland stammender Dienstknecht ist angezeigt worden, im Dezember v. J. verschiedentlich Wäsche und Kleidungsstücke von den Bleichen entwendet zu haben.

(+) In a hiesigen Centralfrächlerei hat sich gestern vormittag ein trauriger Unglücksfall ereignet. Der 16jährige Sohn Harry des Herrn J. G. Weingen hier, der mit in der Frächlerei beschäftigt ist, ließ beim Töten eines Stieres den Schußapparat fallen, wobei die Patrone explodirte und das Geschöß dem bedauernswerten Jüngling in den Unterleib drang. Der Verunglückte wurde sofort ins hiesige Krankenhaus gebracht und dort operirt. Sein Zustand ist sehr bedenklich. Hoffentlich gelingt es aber der ärztlichen Kunst, ihn am Leben zu erhalten.

—II Am Freitag den 14. ds. Mts. hielt die Mauer- und Zimmerer-Zwangsgewinnung für das Amt Westerleide in Zwischenaßen, im Bahnhof's Hotel, ihre erste diesjährige Versammlung ab, welche einigermassen gut besucht war. Die Mitglieder, die während des Krieges eingezogen waren, waren fast alle anwesend. Auf der Tagesordnung stand: 1. Rechnungsablage, welche bis zur nächsten Versammlung zurückgelegt wurde, 2. die Wahl des Obermeisters, von zweien Vorstandsmitgliedern und Ausschußmitgliedern. Der bisherige Obermeister Eilers-Zwischenaßen und die beiden Vorstandsmitglieder Hinrichs-Westerleide als erster und Hennens-Zwischenaßen als stellvertretender Schriftführer wurden wiedergewählt. Die Herren nahmen die Wahl an. In den Auschuß zur Gefellenprüfung wurde für das Mauerhandwerk Pluit-Zwischenaßen und für das Zimmererhandwerk Hinrichs-Westerleide gewählt. Als beauftragte für das Lehrlingswesen wurden gewählt Härtmann - Westerleide, Möhlmann-Bokel, Langrod-Gewercht und Schürfs-Zwischenaßen. Nach der Versammlung sind die Mitglieder sich darüber einig geworden, daß bei den jetzigen teuren Lebensverhältnissen auf die Gefellenslöhne 20 Prozent Aufschlag für den Meister als Meistergeld genommen werden müßte.

zu Gerichte nachher. Wir erinnern uns noch, wie in-
sondere während der letzten Kriegsjahre die Zunft der
Richternachher bei uns läppig ins Kraut schoß. Ihre
Verurtheilungen trugen nicht selten ein gut Theil zu dem moralischen
Zusammenbruch anderer Völker im Ansehung der Wirklich-
keit bei. Und Gerichtenachher sind auch noch heute an-
wesend. Nur daß sie heute um jeden Preis und mit jedem
Mittel die Stimmung heben und besonders die Er-
nährungsverhältnisse der nächsten Zukunft in rosigem
Lichte schildern. Es ist leider dahin gekommen, daß die
Nahrungsfrage allenthalben die brennendste geworden,
daß sie die ausschlaggebende geworden ist. Und mit
Recht! Hier vernehmen wir, daß die Sanktionen
erhöht, daß die Extratönte hinaufgelegt, daß die
Kartoffelmenge stark vermindert werden soll. Und wir
wären uns. Aber es ist leider nicht alles wahr; denn die
bedenklichen Gerichte halten den Lachan nicht fiand.
In Wirklichkeit mühen wir froh sein, wenn wir Sader,
Kartoffel und Kartoffeln bis zur Vergang der neuen Ernte in
dem bisherigen Maße erhalten. Und wenn man uns in t
dem Hinweis auf die Lebensmittellieferungen aus America
vertröstet, wollen wir uns doch erinnern, daß zu manche
Verbedingungen zu erfüllen sind, ehe sie kommen, daß es
höher ist, sie nicht in unsere Rechnung einzustellen. Hat
uns denn der Krieg und sein Ausgang nicht endlich
wirklichkeitsfack gemacht? Wissen wir immer noch
zu schmeiblern nachagen? Die Wirklichkeit ist hart und je
schmerzlicher wir ihr ins Auge sehen, ohne auf Traume und
Sonder zu hoffen. um so besser werden wir sie ertragen
und durchleben.

⊕ **Linswege.** Am Sonnabend v. B. wurde in Samjedes s. Wirtshaus die Generalversammlung der hiesigen Kustliste abgehalten. Auf der Tagesordnung standen Rechnungsablage und Neuwahlen. Das Jahr 1918 war für die Kustliste ein recht ungünstiges. In sieben Fällen mußten Entschädigungen gezahlt werden. Nach dem Bericht des Rechnungsführers hatte die Kustliste am 1. Januar 1918 einen Kassenbestand von 2621,03 Mart, eine Einnahme von 39,404 Mart, zusammen 6535,07 Mart. Die Ausgaben betrugen 4488,20 Mart, so daß am 1. Januar 1919 ein Kassenbestand von 1046,87 Mart verblieb. Zu Rechnungsprüfern wählte man die Mitglieder G. Samjediärs und E. Detsjien. Von den drei ausstehenden abzuändern wurde für H. Beeten, der eine Wiederwahl ablehnte, G. Dufjesjens gewählt. Da noch in zwei Fällen Entschädigungen zu zahlen sind, so finden in nächster Zeit (s. B.)hebungen statt. Am 1. Januar hatten 70 Mitglieder ihre 195 Stück Vieh zu 17190 Mart versichert. Mit dem Jahre 1919 hat die Rajse 25 Jahre bestanden.

□ **Bad Zwissenhahn.** Die hiesige Spar- und Darlehnskasse hat die Absicht, den Neubau ihres Geschäftshauses auf dem von Gustav Roggemann angekauften Grundstücken an der Bahnhofstraße — zwischen Post und Bahn gelegen —, möglichst bald in Angriff zu nehmen. Voraussetzung ist, daß die Genehmigung zur Ausführung des Baues erteilt wird und daß Material zu bekommen ist. Nach der Richtung hin schweben Vorarbeiten. Bauart frühlich in Oldenburg hat den Plan entworfen und die Einzelheiten vorbereitet, er wird auch die obere Bauleitung übernehmen. Nach dem Beschlusse der Generalversammlung soll der Bau ausschließlich an hiesige Handwerker vergeben werden. Den Handwerkern so reich wie möglich gute Arbeit zu verschaffen, ist auch einer der Gründe, die den Bauauschuß veranlassen, sich mit der Gelegenheit zu beeilen.

× Im hiesigen Gemeindehause befanden sich zu Anfang des Monats Januar 11 Personen. Im Laufe des Monats fanden keine Aufnahmen und Entlassungen statt, demnach blieb der Personalbestand unverändert, also am Ende des Monats Januar auch 11 Personen und zwar waren es 4 Männer, 2 Frauen, 4 Knaben und 1 Mädchen.

— **Augustfest.** Das Vereinsleben kommt hier und in der Umgegend wieder in Fluß. Die Kloostergesellschaft haben schon seit einigen Sonntagen ihre Lectionen wieder aufgenommen. Der Turnverein Augustfest hält seine Lectionen ausen am und ebenfalls der hiesige Turnverein „Vorwärts“ will demnächst die Turnabende wieder einführen. Am letzten Freitage hatte der Gesangsverein „Concordia“ hieselbst seinen ersten Eingangsbesuch nach dem Kriege und erfreute sich der Abend eines guten Besuchs. Der Kriegerverein Augustfest-Vofel will demnächst, wie verlautet, einen Begrüßungsabend für die heimgekehrten Krieger veranstalten. —

»Hofel. 16. Febr. Gestern wurden zwischen Detern und Holtzigt 2 Reute gefangenommen, welche mit einem Gespan auf der Chaussee von Distrieden kamen. Als die beiden sahen, daß 2 Gendarmen sie verfolgten, ließen sie Wagen und Pferde im Stich und liefen landeinwärts. Es wurde beobachtet, daß sie sich in eine kleine Hütte (sog. Düferhütte) flüchteten, in welcher sie verhaftet werden konnten. —

— (b) Olsberg. (Landtag.) 13. ordentliche Sitzung am Montag den 17. Februar. Präsident Schröder eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr. Nach Eintritt in die Tagesordnung erklärt der Landtag sich damit einverstanden, daß mit dem Bau der Nebenbahn von Delmenhorst nach Vemmerde trotz der veränderten Verhältnisse begonnen wird. Der Schaffung einer vierten Botenstelle beim Direktorium stimmt der Landtag zu. Genehmigt wird die Anstellung von 6 Akzisegehilfen bei den Amisgerichten. Zu den Kosten der Deichverlegung an der Hunte werden 446 700 Mark bewilligt. Die Vorlage des Direktoriums, betr. die Grundsteuern für die Bemessung von Staatszuschüssen an Gemeindefiskalen wird angenommen. In erster Lesung genehmigt werden 1. die Ergänzung des Einkommensteuergesetzes; 2. Aenderung des Finanzgesetzes für 1919. Die Zuschläge zur Einkommen- und Vermögenssteuer werden um 25% erhöht, jedoch in kommenden Steuerjahr 150% erhoben werden. Der Erziehung einer landwirtschaftlichen Wirtsschule in Könin stimmt der Landtag zu. Gleichzeitig werden die Beisßen des Staates erhöht um 1200 Mark für jede Wirtsschule. Genehmigt werden die Aenderungen des Voranschlages der Landeskasse, die infolge des Thronverichts des Großherzogs notwendig waren.

(-6b) Dieburg, 17. Januar. Wie uns mitgeteilt wird, wird die Aenderung der Gemeindeordnung schon in nächster Zeit im Wege der Verordnung vom Landesdirektorium verfügt werden. Sämtliche Stadt- und Gemeinderäte des Landes stellen am 1. Mai 1919 ihre Tätigkeit ein. Am Sonntag den 6. April findet die Neuwahl der Stadt- und Gemeinderäte im ganzen Lande statt, die am 1. Mai ihre Tätigkeit aufnehmen. Die neuen Stadt- und Gemeinderäte üben ihre Tätigkeit bis zum 31. Dezember 1920 aus. Im Herbst 1919 hat eine Neuwahl stattgefunden. Die Wahlen zu den Stadt- und Gemeinderäten erfolgen in derselben Weise, wie die bisherigen Wahlen zu National- und Landesversammlung. Alle Odenburger Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben, sind berechtigt zu wählen. Gewählt wird nach dem System der Verhältniswahl. Die Stimmbezirke und Wahllokale, sowie die Wahlvorstände bleiben bestehen wie bei den bisherigen Wahlen. Der neue Landtag wird dann demnächst endgültig über die Aenderung der Gemeindeordnung befinden, die gleichmäßig eingeführt werden soll. Die jetzige Aenderung gilt nur als eine provisorische.

— Die plötzlich in größerem Umfange aufgetretene Grippe forderte bereits mehrere Opfer. Die Krankenpfäuser und Lazarette sind mit Kranken überfüllt, die Bezirke überlastet. Die Krankheit breitet sich immer mehr aus und stört bereits den Betrieb in verschiedenen Schulen der Stadt.

—* **Wilschelmshafen**, 15. Febr. Zum Beigeordneten (Zivilgouverneur) des Stationschefs der Nordseestation der Marine in Wilschelmshafen ist von der Reichsleitung der Landtagsabg. Paul Hug aus Altkirchener ernannt. Herr Hug weist augenblicklich in Weimar, wird sein neues Amt aber bereits in den nächsten Tagen antreten. Erfolgt durch diese Ernennung Hugs Mandat zur Nationalversammlung, so würde an seine Stelle Herr Aug. Jordan-Deimhorst treten. —

Zur Wahlbewegung.
Eingefandt.

Am Sonntabend den 15. ds. Mts. fand in Büders Gathhof eine demokratische Versammlung statt zwecks Aufstellung der Kandidaten zur Gemeinderatswahl. Dieses mietet ja bald an als bestände die Gemeinde Westertede nur aus Demokraten, es gibt doch hier auch Volksparteiler und Sozialdemokraten. Meines Erachtens wäre es richtiger, eine öffentliche Volks-Versammlung anzustellen und hier die Aufstellung der Kandidaten vorzunehmen. Auch wäre es wohl zweckmäßig, sich mit den landwirtschaftlichen Aukts oder den Bauernvereinen in Verbindung zu setzen, welche Person sie in den Gemeinderat zu senden wünschen. Die Politik sollte doch bei der Gemeinderatswahl etwas in den Hintergrund treten, denn auch ein Stad-Agrarier kann doch ein sehr gutes Gemeinderats-Mitglied sein. Wilhelm Seiden.

tagsabst. 1. Friedrich Dannemann, Landwirt, Tübingen, 2. Friedrich Lohje, Kleinrentwalt, Oldenburg, 3. Heinrich Kollmann, Landwirt, Gershausen, Gem. Döttingen, 4. Johannes Müller, Kaufmann, Brate, 5. Wilhelm Schröder, Landwirt, Nordormoor, Gem. Harenburg, 6. August Ritter, Baurat, Oldenburg, 7. Franz Garstang, Syndikus, Delmenhorst, 8. Dr. Wilhelm Vaecken, Syndikus der Handwerkskammer, Oldenburg, 9. Johann Wehlen, Kaufmann, Weserfeld, 10. Heinrich Hinde, Kaufm., Beamter, Delmenhorst, 11. Wilhelm Nieberg, Kaufmann, Oldenburg, 12. August Haischer, Schornsteinfeger, Delmenhorst, 13. Alma Richter, Hausfrau, Nalbede, 14. Anton Wolff, Landwirt, Jade, 15. Ida Marie Schröder, Spezialdirektorin, Oldenburg, 16. Gustav Thyje, Landwirt, Linswege, 17. Johann Tannen,

Landwirth, Fleckenammerboden, Gem. Fleckenhamm, 18. Hoff
Strube, Professor, Neuer, 19. Heinrich Koss, Landwirth, Soyen-
kamp, Gem. Badefels, 20. Julius Koppmann, Landwirth,
Dörpe, Gem. Badewitz, 21. Otto Lode, Vorsteher, Mähringen,
22. Georg Renig, Gärtnervereinig., Nordenham, 23. Wilhelm
Schulenberg, Jollauffseher, Nordenham, 24. Otto Wintermann,
Oberpostsekretär, Dieruburg, 25. Johann Dnisele, Landw.
Gehölfseführer, Großenmeer, 26. Ferdinand Koch, Glasermeister,
Elbenburg, 27. Friedrich Heidemann, Landwirth, Kolbweg, Gem.
Berne, 28. Friedrich Böselann, Stellmacher, Hanzensbüttel, Gem.
Berne, 29. Wilhelm Tiersk, Schmiedemeister, Feddersbarden,
30. Gustav Vogt, Auctionator, Burhave, 31. Friedrich Heinrich
Heil, Kaufmann, Nordloh, 32. Karl Gerdes, Ing. u. Gewerbe-
besitzer, Rarel, 33. Heinrich Kaufmann, Landwirth, Eversien, 34.
Friedrich Wilhelm Meyer, Kaufmann, Upen, 35. Wilhelm Böben,
Landwirth Neuenburg, 36. Hans Meinecke, Brennervereinig.,
Westerfeld, 37. Friedrich Schröder, Rentner, Kirchhatten, Gem.
Kirchhatten.

—(b) **Bad Zwischenahn.** Die deutsche demokratische Partei, Ortsgruppe Zwischenahn hatte am Sonnabend den 15. d. Mts. in Meyers Saal Zwischenahn zu einer öffentlichen Wählerversammlung eingeladen. Nach Eröffnung derselben durch den Vorsitzenden wurde den Wählern und Wählerinnen der Kandidat zur Oldenburgischen Landesversammlung, Gemeindevorsteher Janje-Westersiede, vorgestellt. Herr Janje berichtete über seine Erlebnisse im Landtage während der Revolutionstage. Er hob hervor, daß ein Gefinnungswechsel bei ihm nicht eingetreten sei. Bei allen Fragen hätte er im Landtage stets im Sinne der fortchristlichen Volkspartei gewirkt und entsprechend gestimmt. Nach dem Zusammenbruch des monarchischen Staates habe er sich ohne Bedenken sofort der deutschen demokratischen Partei angeschlossen und fühne wohl und ganz aus dem Boden dieser Partei, daß jegliche monarchischen Bestrebungen auch für ihn selbstredend nicht in Frage kämen. Jetzt sei unsere dringende Pflicht, unser neues Deutschland wieder gesunden Zuständen zuzuführen. Wenn ihm vor 10 Jahren vorgeworfen worden sei, daß er gegen die Beamten aufgetreten sei, so müsse er dies entschieden zurückweisen. Er sei selbst gewissermaßen Beamter und wisse sehr gut deren Vorfälle zu würdigen. Jedner werde für alle berechtigten Interessen der Arbeiter, Handwerker, Beamten und Bauern eintreten. Besonders werde er, da Oldenburg einmal ein Agrarstaat sei, sich allen Fragen der Landwirtschaft besonders widmen und warm für ihre Interessen eintreten. Zum Schluß richtete Herr Janje an die Versammlung die Bitte, seine Laufzeit bei den vor der Tisch stehenden Wahlen zur Landesversammlung und zum Gemeinderat eintreten zu lassen, sondern sich ebenso gerne wie bei der Wahl zur Nationalversammlung zu beteiligen. Hierauf erhielt Herr Kallfuss-Apen das Wort. Jedner kritisierte in klarer Weise das Programm der verschiedenen rechtsstehenden Parteien und der sozialdemokratischen Partei. Es dürfe nicht vergessen werden, daß die rechtsstehenden Parteien stets gegen das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht gestimmt hätten. Nur der Not gehorchend hätten sie später dafür gestimmt. Es wäre als sicher anzunehmen, daß diese Parteien sich nicht von ihren alten Programmpunkten trennen würden, ihre monarchischen Bestrebungen hielten sie aufrecht. Diese Bestrebungen seien die größte Gefahr für das neue Deutschland und würden unbedingt den Bürgerkrieg zur Folge haben. Es sei wahrlich Blut genug vergossen. Jedner, der seit an der Front war, schickte das Blutvergießen an der Marne. Herr Kallfuss nahm dann das Programm der Sozialdemokraten scharf unter die Lupe. Daß die Mehrheitssozialisten sich den Unabhängigen angeschlossen hätten, sei gefährlich. Die Sozialisierung in Staat und Vögen lehne die deutsche demokratische Partei entschieden ab. Für die Vergesellschaftung gewisser, dazu reifer Betriebe trete auch die deutsche demokratische Partei ein. Jedner beleuchtete u. a. die Stellung der Sozialdemokraten zur Landwirtschaft und bemerke, daß, wenn der Landwirt einen Sozialdemokraten wähle, er den Axt abjage, worauf er stime. Auch der christlichen Volkspartei (Zentrum) könne man seine Stimme nicht geben. In den katholischen Kirchen sei minder oder mehr Politik getrieben worden. Sie behaupten: Daß es lo verurteilt im deutschen Vaterlande hergehe, sei der Pfad dafür, daß die katholische Kirche so schlecht behandelt sei. Jedner ging dann einlegend zur Verprechung auf die verschiedenen Punkte des Programms der deutschen demokratischen Partei über, und er schloß dann seine Ausführungen mit einem Appell an die Wähler und Wählerinnen, sich alle der deutschen demokratischen Partei anzuschließen. Herr Wegens von der sozialdemokratischen Partei trat dem Jedner in verschiedenen Punkten entgegen. Eine ausführliche Ansprache konnte indes nicht stattfinden, da dem Vauernbund der Saal von 6 Uhr an zur Verfügung gestellt war.

X **Bewacht.** Ganz besonders hingewiesen sei auf die große öffentliche Volksversammlung, die von der „Deutschen demokratischen Partei auf Freitag nachmittag 4 Uhr in Geheils Gasthof einberufen ist. Es wird Herr Kallfuss, Landwirt in Lipen, über das Programm zur Landtagswahl, die vorausichtige Gestaltung unseres Oberrubengelandes und andere sehr wichtige Zeitfragen sprechen. Herr K. ist ein sehr geschätzter Volksredner, er versteht in redt klarer, vollstimmiger Weise den Stoff zu behandeln, ein Mann aus dem Volke. Niemand verläumt, zu dieser Versammlung zu kommen, die Frauen seien noch besonders gebeten.

Neueste Nachrichten.

— in Paris, 17. Februar. Es ist so gut wie sicher, daß die endgültigen Friedensbedingungen betz. die deutsche Flotte folgende Punkte enthalten werden: Zerstörung aller Forts auf Helgoland, der Befestigungsanlagen am Kieler Kanal, sowie die Öffnung des Kanals für den gewöhnlichen Verkehr. Man wird Deutschland nur eine Flotte belassen, die für Verteidigungszwecke genügt.

Für die Redaktion verantwortlich Karl Eiers in Weßersiede.
Druck und Verlag von Eberhard Ries in Weßersiede.

Öffentliche Versammlungen des Landbundes

am Freitag den 21. d. Mts., nachm. 6 Uhr,
in Mügge's Gasthof zu

Edeweucht,

am Sonnabend den 22. d. Mts., nachm. 5 Uhr,
in Behrens Gasthof in

Apen.

Tagesordnung: 1) Was will der Landbund?
Referent: Brüntjen-Ohrwege. — 2) Freie Aussprache.
3) Gründung eines Gemeindebundes.

Deutsche demokratische Partei Ortsgruppe Westerstede.

Am Sonnabend den 22. d. Mts.,
nachmittags 6 Uhr:

Grosse öffentliche Wähler-Versammlung

in Cordings Hotel. — Es spricht:

Herr Rechtsanwalt Ehlermann-Oldenburg.

Freie Aussprache.

Der Vorstand.

Sauerkraut

zu haben bei J. M. Meyer.

Meine Verlobung mit
Johann Schmidt-Augustfehn
ist hiermit aufgehoben.
G. sine Saltep, Jhaufen.

Junger Mann, 24 Jahre alt,
möchte als

Eleve

in einen landwirtschaftlichen Be-
trieb eintreten. Offerten unter
W. B. 100 postlagernd Olden-
burg

Zu verkaufen eine (zum 3. Male)
im März ferkelnde

Sau.

Fr. Bergmann, Diefelhorst.

Oholt. Gesucht auf Oßern
oder Mat ein

Malerlehrling.

E. Steenmann.

Religer.  Verein

Westerlog

General- Versammlung

am Freitag den 21. ds. Mts.,
nachm. 6 1/2 Uhr,
in Wuhrs Gasthof zu Westerlog.

Tagesordnung:

- 1) Rechnungsablage,
 - 2) Vorstandswahl,
 - 3) Vortagung über eine Ver-
gütungsfeier,
 - 4) Beischiedenes.
- Alle Mitglieder werden gebeten,
wegen der wichtigen Tagesord-
nung an dieser Versammlung
teilzunehmen.

Der Vorstand.



Gefang - Verein
Mansie.

Sonntag den 16. März.

Sängerball.

Anfang 4 Uhr, wozu freund-
lichst einladet
der Vorstand. Joh. Hammje.



Augustfehn.

Allen, die unser beim
Tode unseres kleinen Lieblings
gedachten, danken wir aufs
herzlichste.

Dr. Mammen u. Frau.

Um die Wiedergeburt unseres Heimatlandes!

Oldenburger Wähler u. Wählerinnen!

Am 23. Februar sind die Wahlen für die Oldenburger Landes-
versammlung. Es geht um die Wiedergeburt unseres Heimatlandes,
es geht um Euer eigenes Wohl!

Durch Eure Wahl entscheidet Ihr selbst, welcher Geist in Zukunft
im Oldenburger Lande herrschen soll.

Wollt Ihr eine sozialdemokratische Mehrheit im Landtage? Wollt
Ihr eine einseitig zusammengesetzte sozialistische Regierung? Wollt Ihr
einen starken Einfluß der rückwärtigen Parteien, die sich nicht scheuen
würden, den alten im Volke verhassten Polizeistaat mit allen Macht-
mitteln wieder aufzurichten? —

Nein und abermals nein!

Ihr wollt die Entwicklung auf dem Boden des Möglichen und
Erreichbaren.

Darum treten ein für die Kandidaten der deutschen demo-
kratischen Partei, deren Gedanken und Ziele unzweifelhaft die Ge-
danken und Ziele der Zukunft sein werden.

Werk Euch, Ihr Wähler, es darf keine Stimme fehlen. Wer
nicht wählt, stützt allein die sozialdemokratische Partei, die jetzt mit den
Unabhängigen im Oldenburger Lande zusammengeht. —

Was jetzt versäumt wird, kann nicht wieder eingeholt werden!

Darum: Alle Frauen und Männer am 23. Februar an die
Wahlurne mit dem Stimmzettel der

Deutschen demokratischen Partei!



Hollwege, den 17. Februar 1919.

Heute entschlief nach langer, schwerer Krank-
heit unsere vergangenste, treuherzige Mutter,
Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin u. Tante

Johanne Grimm

geb. Dittmanns,

im 89 Lebensjahre.
In tiefer Trauer

Johannes Grimm,
Marianne Grimm,
Martha Grimm,
Familie Grimm,
Familie Dittmanns.

Die Beerdigung findet Freitag den 21. Fe-
bruar, nachm. 2 Uhr, vom Krankenhause aus statt.



Dänikhorst, den 15. Februar 1919.

Heute abend um 7 Uhr entschlief sanft und
ruhig nach langem, mit großer Geduld ertragenem
Leiden unser lieber Vater, Schwieger- und Groß-
vater, der selbste Räte

Hinrich Meirose

aus Westersheps im kaum vollendeten 67.
Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten
die trauernden Kinder.

Die Beerdigung findet an Donnerstag den
20. Februar, nachm. 3 Uhr, auf dem Kirchhofe
in Edeweucht vom Trauerhause in Dänikhorst
aus statt. Trauerfeier um 1 Uhr im Trauerhause.

Um so härter trifft uns dieser Schlag, da
vor drei Monaten zwei unserer kleinen Kinder,
Hermann und Lina, im Alter von 9 und 6
Jahren ihm in die Ewigkeit vorangegangen sind.
Familie Hermann Meirose-Westersheps.



Der Ammerländer

(Herausgeber Nr. 5.)

erschint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.

Preis fürs Vierteljahr frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Man abonniert bei allen Postämtern (oder Landbriefträgern) und in der Expedition. — Anzeigenpreis für die einseitige Zeile (oder deren Raum) für Inserenten aus dem Herzogtum Oldenburg 20 Pfg., für außerhalb des Herzogtums wohnende 25 Pfg. Reklamen kosten 75 Pfg. die Zeile. Anzeigenannahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten.

Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Unrecht auf Abat geht verloren, wenn Anzeigen-Geldern durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Platzanzeigen der Ausgabe von Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird nicht übernommen.

Nr. 42.

Westerstede, Mittwoch den 19. Februar 1919.

59. Jahrgang

Zweites Blatt.

Unsere letzte Kriegs-Ernte.

(Ein Vergleich.)

Zum erstenmal seit Kriegsausbruch hat jetzt die Reichsregierung wieder die Ergebnisse der Erntestatistik bekanntgegeben. In den vorhergehenden Jahren herrschte Verunsicherung, aber wir mußten wohl alle, daß der Himmel nicht sehr günstig gewesen ist. Somit ist die Statistik diesmal ergiebiger als früher. Mit Rücksicht auf die Kriegswirtschaft ist sie jetzt auf die selbständig angebauten Gemüße ausgedehnt worden, die man sonst vernachlässigte.

Die Erntefläche ist ganz allgemein zurückgegangen. Die Statistik für 1918 zählt allerdings bereits Ernteflächen, die nicht mehr mit, doch macht das nicht viel aus, daß dadurch der Rückgang der Erntefläche ausgeglichen würde. So war die Erntefläche für Roggen im Jahre 1914 (Sommer- und Winterroggen zusammen) 6,3 Millionen Hektar, 1918 nur 5,7 Millionen, d. h. 0,6 Millionen Hektar weniger; der Anfall Getreideernte macht nur 0,06 Millionen aus, den letzten Teil davon. Die Anbaufläche für Weizen betrug vor dem Kriege 2 Millionen Hektar, jetzt nur 1,4 Millionen Hektar, ein Drittel weniger. Sommergerste ist von 1,6 Millionen Hektar auf 1,4 Millionen gefallen, Kartoffeln von 3,4 Millionen auf 2,7 Millionen Hektar, Safer von 4,4 Millionen auf 3,3 Millionen. Das Weizenbrot dagegen ergab im vorigen Jahre ungefähr denselben Betrag an Fläche wie vor dem Kriege, 5,8 Millionen Hektar. Über die Gründe des Rückganges an Erntefläche brauchen wir nicht zu sprechen. Es scheint aber, als ob ein gewisser Ausgleich darin zu finden ist, daß diesmal mehr Gemüsegelb aller Art zu Futterzwecken gebaut zu sein scheint: Gemüße aus verschiedenen Getreidearten mit und ohne Safer, Gemüße aus Getreide und Hülsenfrüchten, gemügte Hülsenfrüchte allein.

Selbstverständlich ist mit der geringeren Anbaufläche auch ein Rückgang des Gesamtertrages verbunden. Es wurden 1918 geerntet: Roggen 8 Millionen Tonnen (die Tonne zu 20 Zentnern oder 1000 Kilogramm) gegen 10,4 Millionen im Jahre 1914, Weizen 2,5 Millionen Tonnen gegen 4 Millionen, Gerste 2 Millionen gegen 3,1 Millionen, Safer 4,7 gegen 9 Millionen, Kartoffeln 20,5 Millionen (davon 3 % frasse) gegen 45,6 Millionen, Weizenbrot 21 Millionen gegen 29 Millionen.

Das sind recht traurige Zahlen, besonders wenn man bedenkt, daß dazu die starke Einfuhr aus dem Auslande wegfällt. Diese betrug vor dem Kriege (1913): Roggen 0,4 Millionen Tonnen, Weizen 2,8 Millionen, Gerste 3,1 Millionen, Safer 0,6 Millionen, Mais 1 Million, dazu Hülsenfrüchte, Weizen, Reis u. a. m. Auch die Saffern werden interessieren, die im letzten Jahre in anderen Feldfrüchten erreicht wurden, für die aus älterer Zeit zum Teil die Vergleiche fehlen. Es wurden 1918 geerntet: an verschiedenen Gemüßen, wie schon angegeben, 1 Millionen Tonnen, an Erbsen, Bohnen, Linen zusammen etwa 0,2 Millionen, an Ackererbsen 10 Millionen (vor dem

Kriege 17 Millionen), an Ackererbsen 20 Millionen, an Ackererbsen 6 Millionen, an Ackererbsen 2 Millionen, an Ackererbsen 2 Millionen, Klee und Luzerne u. dgl. 7 bis 8 Millionen.

Gründlich ist eine Nachschau der Statistik an, daß im letzten Jahre auf den Hektar ein höherer Ertrag fiel als früher. So brachte der mit Winterweizen bebaute Hektar diesmal 1,73 Tonnen gegen 1,56 das Jahr vorher, während allerdings 1914 der Ertrag von zwei Tonnen erreicht wurde. Auch beim Roggen, bei der Gerste, beim Safer zeigt sich eine Besserung des Ertrages gegen das Vorjahr, wenn auch der glänzende Stand der Friedenswirtschaft nicht wiederhergestellt wird. Kartoffeln zeigten sogar hier einen Rückgang: 11 Tonnen auf den Hektar gegen beinahe 14 das Jahr vorher und etwa diese Zahl vor dem Kriege. Bei Rüben, Kohl u. dgl. ist der Ertrag im Verhältnis etwa derselbe geblieben, bei Ackererbsen etwas gestiegen. Auf den Hektar entfielen an Ackererbsen 24,6 Tonnen, Ackererbsen 29 Tonnen, Ackererbsen 21,6 Tonnen, Ackererbsen 24 Tonnen, Kohl 25 Tonnen, Ackererbsen 20 Tonnen, Klee, Luzerne u. dgl. 3 bis 6 Tonnen.

Der „Hazard“ Ludendorff, so hat Scheidemann den verstorbenen Generalquartiermeister in seiner Antrittsrede genannt. Daraus ist ein früherer Offizier namens Deuter an Hindenburg, in dessen Stab er früher war, ein Telegramm gerichtet mit der Bitte, für Ludendorff einzutreten, wie Hindenburg es seinerzeit verprochen habe. Weiter sagt Deuter, daß Ludendorff bei den Verhandlungen über das Friedens- und Waffenstillstandsangebot sehr betont hat, es müsse weiter gekämpft werden, wenn die gegenwärtigen Bedingungen unter Leben und Ehre der Verbündeten nicht im Einklang mit der Würde der Verbündeten zu General Ludendorff, den Weg des Widerstands, der bedingungslosen Kapitulation gegangen ist.

Die Ausnahmestellung der Banken in Steuerfragen. Hinsichtlich der geplanten neuen Reichsabgabenordnung steht es noch den jüngsten Verhandlungen noch nicht fest, wie die Ausnahmestellung der Banken eigentlich beschaffen sein soll. Die anderweitige Angabe, wonach über die Höhe der Bankguthaben (in gewissem Sinne und Umfang) Auskunft erteilt werden müsse, erscheint nicht zutreffend, vielmehr hätten die Banken angeblich nur darüber Angaben zu machen, ob bei ihnen Guthaben bestehen. Das würde die Bedeutung etwas vermindern. Im übrigen scheint man im Schachmat sich noch immer erst prüfen mit der Frage zu beschäftigen, ob und in welchem Umfang Banken, Kreditanstalten, Sparkassen, Gerichte und Notare hier zu Ausnahmestellungen über Vermögensverhältnisse um verpflichtet werden könnten.

Veränderungen überall. Infolge der ungeheuren und unvorstellbaren Vorkommnisse, namentlich in der Industrie, schnellsten natürlich auch die Verkaufspreise in die Höhe. So stellen sich jetzt die neuen Eisenpreise für Rohblech auf 386 Mark, für vorgewalzte Bleche auf 340 Mark, für Stempel auf 400 Mark, Platten 405 Mark, Formeln 420 Mark, Stäbchen und Universalblech 435 Mark, Bandblech 465 Mark. Feinblech stieg um 150 Mark und Trägereisen um 400 Mark die Tonne.

Wien, 16. Februar. Die Reichspost schreibt: Wenn die Rede des Leiters der deutschen Außenpolitik bedenklich war, so sind die Ausführungen Dr. Schifferers geradezu sensationell. Seine Wahrheiten sind wirklich großartig; aber dennoch muß man ihm für die Rücksichtslosigkeit sehr dankbar sein, denn nach diesen Mitteilungen kann niemand bestreiten, daß man dem deutschen Volke die Augen ohne Schonung öffnen mußte, um ihm die fürchterliche Lage in der ganzen brutalen Wirklichkeit zu verdeutlichen, wenn überhaupt noch Hoffnung bestehen soll, daß es sich aus dem Unheil errette. Die Ministerrede wirkte wie eine Kanone: Michel bestimme dich, höre auf zu streiten, es geht um Leben und Zukunft!

Amsterdam, 16. Februar. Allgemeines Handelsblad schreibt über Ebert: Für ein geschicktes Volk, wie das deutsche, scheint gerade ein solcher Mann mit gesundem, nüchternen Verstande und geistigem Gleichgewicht, ein Mann, der vor allem aufrecht und ehrlich ist, der beste Führer zu sein.

Amsterdam, 16. Februar. Daily Express meldet aus Tokio: Die japanische Presse ist entsetzt über Hughes Auftreten gegen ein japanisches Mandat über die Südpazifik. Der Widerwille der weißen Rasse gegen die gelbe Rasse ist eine Gefahr. Die gelbe Rasse lasse sich nicht als eine Rasse anerkennen, die behandelt und verlangt in Amerika und Australien als gleichberechtigt anzuerkennen zu werden. Wenn der Völkerbund auf die Einmischung der gelben Rasse rechnen wolle, müsse er diesen Unterschied beibehalten. Die japanische Presse betont außerdem, daß der Völkerbund offenbar sehr geeignet sei, die Rassen zu unterscheiden. Die japanische Presse betont außerdem, daß der Völkerbund offenbar sehr geeignet sei, die Rassen zu unterscheiden. Die japanische Presse betont außerdem, daß der Völkerbund offenbar sehr geeignet sei, die Rassen zu unterscheiden.

Paris, 15. Februar. George Washington, ein Wilson an Bord ist um 11,15 Uhr vormittags in See gegangen.

Bern, 15. Februar. Arthur Henderson erklärt in der Gazette de Lausanne, die Nachricht, daß er sich gegen die deutsche Entschuldigungsverpflichtung an Belgien und Nordbrabant auf der Berner Konferenz ausgesprochen habe, sei unrichtig.

Bern, 15. Februar. In der französischen Kammer erklärte Rouher, daß die Arbeitslosigkeit in Frankreich groß sei, wenn auch nicht so groß wie in Deutschland.

Auf eine Anfrage erklärte Bainbridge, während seiner Amtszeit als Kriegsminister sei von seiner Seite der Versuch gemacht worden, das Verbot nicht zu bombardieren, der zu scheitern.

Der erklärte Rouher, in Folge der Rückkehr des französischen zu Frankreich werde Frankreich ein großes Industriegebiet. Es fördere sehr mehr Eisen, als es für den eigenen Markt verarbeiten könne und müsse deshalb eine Industrie gründen.

Der Traum in Feindesland.

Roman von Julius Schoenhal.

(Nachdruck verboten.)

Und weiter lautete der Brief: Ich bin also nicht der fanatische Hauptmann, für den Sie mich hielten. Und es tut mir leid, Sie enttäuschen zu müssen.

Ich weiß nicht, ob es nach Ihrer Auffassung shocking war, die Einladung, die doch dem Captain Longford und nicht dem Hauptmann Kersten galt, überhaupt anzunehmen. Aber Sie werden zugeben, daß nicht ich es war, der sich Ihnen aufdrängte.

An dieser Stelle konnte die Exzellenz ein Lächeln der Gemüthsruhe nicht unterdrücken.

Schließlich blieb mir nichts anderes übrig, als die Einladung auch Ihnen und Lady Edith gegenüber durchzuführen, wenn ich nicht den Zweck verfehlen wollte, zu dessen Erfüllung ich ausgesprochen war. Es wäre vielleicht angebracht gewesen, werden Sie meinen, wenn ich mich Ihnen entsetzt hätte. Aber daraus wäre Ihnen zweifellos die unangenehme Nachricht erwachsen, die Entdeckung der Polizei, dem Älteren General oder einer anderen Behörde zu kommen, die Sie gerne vernahm.

Unannehmlichkeiten wollte ich Sie gerne vernahm. Trotzdem muß ich Ihnen mitteilen, daß ich mich in Ihrer Schuld nicht fühle. In Ihrem Hause wurde ich als Held gefeiert: Ihre Blätter machten so wunderliche Pläne für mich. Ihre Tochter nahm sich meiner in der lieblichsten Besorgnis an, daß ich Ihnen einen kleinen Gegenstand widmen muß. — Und das ist der, Sie als einen von diesem unerhörten Stande in Kenntnis zu setzen.

Bei Ihrer mangelnden Vorliebe für die Regierung, voraus Sie ja nie ein Dehl machen, wird es Ihnen ein Vergnügen sein, diesen Stand mittels Ihrer anderthalb Dutzend Blätter so zu vergrößern, daß die sämtlichen Ministerfrühe ins Wanken geraten.

Und dies Vergnügen wird Sie reichlich für die kleine

Enttäuschung entschädigen, die ich Ihnen leider bereiten mußte.

Es wird vielleicht weiter für Sie von Wichtigkeit sein, zu erfahren, daß ich im Vorfeld nördlich von Vras meinen Schuß erhielt, schließlich ins Reservelazarett Brügge geschickt wurde, dort den sterbenden Captain Longford kennenlernte und so nebenbei erfuhr, daß er keine Angehörigen habe. Dies hat mich dann auf den vorzüglichen Einfall gebracht, meiner vorgelagerten Behörde den Vorschlag zu machen, daß ich ausgerüstet mit den Papieren des unglücklichen Wunden erlegenen Longford, über die holländische Grenze „entfliehen“ und im weiteren die Komödie spielen sollte, in der auch Ihnen eine Nebenrolle zugedacht sein sollte.

Sie und Lady Edith dafür bedankt, daß Sie mir den ersten Teil meines Weges durch Ihr freundliches Entgegenkommen so bedeutend erleichterten!

Meine Aufgabe zu erfüllen, ist mir nicht immer leicht gefallen; aber aufricht hat mich stets das Bewußtsein gehalten, daß es ein ganz großartiger Späß sei, halb England vom Kriegsminister an abwärts an der Nase zu führen.

Nun war es an Lord Southcliffe, ein Lächeln zu unterdrücken.

.... In diesem Sinne Ihr sehr ergebener

Paul Kersten, Captain der Ottomaniere.

Als der Brief geendet hatte, sahen sich die beiden alten Herren einen Augenblick stumm an; dann verzog sich ihr Mund zu einem verlegenen Lächeln. Nur Courtmans Gesicht verriet keine innere Bewegung.

Es läßt sich nicht leugnen: der Herr hat Humor. Nieß sich der Lord vernachlässigen, und wir spülen keine so glückliche Rolle in seiner Komödie. Was wird nun mit ihm geschehen? Gaben Exzellenz ihn verhaften lassen?

Noch nicht! Ich werde mir noch überlegen, was ich nun mache. Vielleicht ist es klüger, einmal beide Augen trampelhaft auszuwischen, und ihn an einen Ort abzuschleichen, wo er und seine Komödie uns allen nicht mehr schaden kann.

„Ich muß gehen“, meinte der Lord nachdenklich, „daß ich in seiner Lage diesen Humor nicht ausgedrückt hätte. Ich bin ihm ja ein wenig aram. Aber, alles in allem genommen, — hat er seine Sendung nicht ganz ausgezeichnet durchgeführt?“

Der Minister erhob sich.

„Ich brauche den Herren wohl nicht mehr auseinanderzusetzen, weshalb hier Schweigen geboten erscheint, weshalb um des ganzen Reiches willen von diesem peinlichen Hochverrat sein Sterbenswörterchen in die Öffentlichkeit dringen darf.“

Er reichte beiden Herren die Hand und schloß:

„Es soll mich von Herzen freuen, wenn eine Folge dieses Verhältnisses etwas bessere Beziehungen zwischen Downing Street und der führenden Presse wären.“

Die Herren gaben der Exzellenz das Geleit bis zum Fahrstuhl.

Den Brief hatte der Minister an sich genommen.

Er ließ den Kofferwagen nach seiner Wohnung fahren, und während er sich zum Dinner umkleidete, überlegte er nochmals den ereignisreichen Tag. Er hatte das Gefühl, daß er sich mehr glimpflich als schimpflich aus der Affäre gezogen und glaubte große Urfälle zu haben, mit sich und seinem diplomatischen Gesicht aufzuheben zu sein: Er hatte einen feindlichen Kandidaten überführt, hatte einem gefährlichen Gegner eine seiner giftigsten Waffen entronnen und obenbreit bessere Beziehungen für die Zukunft zu ihm angeknüpft.

Er rief sich die Hände.

Der übrige Teil der Arbeit, die geräuschlose Befestigung des Kandidaten, war die geringste Mühe. Damit befaßte er sich grundlegend nie. Das konnte er auch diesmal seinen bewährten Vertrauensleuten überlassen.

Die Gäste trübten an diesem Abend die aufgeräumte Stimmung und gute Laune der Exzellenz, und nach einer schloß etwas voreilig auf eine günstige Wendung in Südosteuropa.

(Fortsetzung folgt.)

Am Freitag den 21. Februar Schweine- u. Schafmarkt.

Westerheide, den 17. Februar 1919.
Der Gemeindevorstand. Sanje.

Gemeindefache.

Am Donnerstag den 20. d. Mts., morgens von 8 bis 11 Uhr, kommt in Ewalds Gasthaus ein Posten

Kleiemelasse

pro Zentner 16 Mark zum Verkauf.

S. M. L. Grimm.

In den nächsten Tagen treffen folgende

Suttermittel

ein, Rapskuchen oder Rapskuchenschrot zum Preise von 19 Mark pro Zentner und Mischfutter, hauptsächlich Gerstenkleie, zum Preise von 15 Mfr. pro Zentner. Milchlieferanten, die hiervon zu beziehen wünschen, wollen ihren Bedarf bis zum 23. Februar anmelden.

Molkerei-Genossenschaft. Zwischenahn.

Immobil-Verkauf.

Edeweicht. Der Hausmann Setje hier, beabsichtigt von seiner Hausmannsstelle folgende

Parzellen

öffentlich meistbietend durch den Unterzeichneten verkaufen zu lassen, nämlich:

Flur 14 Parzelle	103 Jüden unfuturiert	1,9637 Hektar,
" 17 "	166 Barke Wiefe	4,6528 "
" 20 "	324 a. Moor Aderland	0,3091 "
" 17 "	5 Baaken Laubholz	6,1823 "
" 17 "	616/338 Hohen Laubholz	0,0685 "
" 23 "	11 a. Frischboden Wiefe	1,0426 "

von Flur 17 Parzelle 729/241 bei Jüchters Wegert un oben Holze Hohen etwa 3 Schifferlaad zu Baupläzen, von Flur 11 Parzellen 95 und 96 Schifferlaad den westlichen Teil zur Größe von etwa 5 Tagewerk.

Der Auftrag erfolgt sowohl Rückweise als auch im Ganzen, je nachdem sich Liebhaber einstellen.

Der Antritt kann nach diesjähriger Abernang resp. Martini d. J. erfolgen.

Erster Verkaufstermin ist anberaumt auf

Freitag den 28. Febr., nachm. 4 Uhr,

in Mügges Gasthaus hier, wozu Kaufliebhaber einladet

Minzenken, Autt.

Deutsche demokrat. Partei, Ortsgruppe Apen.

Oeffentliche Wähler- Versammlungen

in **Godensholt** Mittwoch den 19. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, bei Meins. — Ref.: Landwirt Kalkfuhl. Apen,

in **Apen** Mittwoch den 19. Februar, abends 7 1/2 Uhr, bei Dirks. — Ref.: W. Orth. Augustfehn, Kalkfuhl. Apen,

in **Bokel** Donnerstag den 20. Februar, abends 7 1/2 Uhr, bei Meiners. — Ref.: W. Orth. Augustfehn,

in **Augustfehn** Freitag den 21. Februar, abends 7 1/2 Uhr, bei Reinb. Sanjen. — Ref.: Meyers, bach. Oldenburg, W. Orth. Augustfehn,

in **Augustfehn-Kolonie** Sonnabend den 22. Februar, abends 8 Uhr, bei Willems. — Ref.: W. Orth. Augustfehn, Kalkfuhl. Apen.

Um zahlreichem Besuch wird gebeten.

Der Vorstand.

Dentist Schmidt
Oldenburg,
Gottorpstr. 1 (gegenüber der Landesbank). Tel. 1236.
Atelier für moderne Zahnheil- und Ersatzkunde.
Sprechstunden: 9-1 vormittags, 2-6 nachmittags, Sonntags von 9-12 Uhr.

Deutsche demokratische Partei, Ortsgruppe Edeweicht.

Große öffentliche

Volks-Versammlung

am Freitag den 21. Februar, (nicht Donnerstag)

nachmittags 4 Uhr,

im Gasthof Rehrols.

Es spricht Herr Kalkfuhl. Apen über Landtagswahl u. politische Zeitfragen.

Freie Aussprache.

Sämtliche Wähler, Männer und Frauen, sind dringend eingeladen.

Der Vorstand.

Verkauf

Westerheide. Im Auftrage habe ich eine ca. 8 Kilometer von Varel belegene

Landstelle

25 Hektar,

plm. 300 Schifferlaad groß, mit Antritt zum 1. Mai ds.

Jahres oder später zu verkaufen. Die Gebäude sind neu, die Ländereien guter Bonität und in einer Größe belegen, daher die Bewirtschaftung die denkbar leichteste.

Die ganzen Kaufgelder können eventl. zu üblicher Verzinsung lange Jahre unklünder stehen bleiben. Strebsame Pflanzanten mache ich auf diese gute Kaufgelegenheit — ohne erhebliches Kapital zu haben — um sich ein eigenes Heim zu erwerben, besonders aufmerksam. Reflektanten wollen sich baldigst an mich wenden.

Brötje, amtl. Autt.

Fernruf 44 Rastbe.

Reparaturen

an Lokomobilen, Dreschmaschinen u. sonst. landwirtsch. Maschinen werden billigst u. sachgemäß prompt ausgeführt.

W. K. Strenge & Co. Ocholt.

Trockenes Kiefern Brennholz

und Klütze für Industrie und Privat.

Konkurrenzlos billig

liefert waggonweise

Eggers, Bremen, Keplerstr. 7.

Fernspr. Hanja 3351.

Reparaturen

an Nähmaschinen aller Systeme sowie an Sprichmaschinen werden sauber und schnell ausgeführt.

Joh. Eilers, Edeweicht.

Apparat zur Verhütung der lästigen Folgen des

Bettträufens.

Alle und Geschlecht angeb. Auskunft kostenlos durch

Merkur-Verband G. Zwergen, München 172 W. Neureutherstr. 13

Deutsche Volkspartei Hauptverein Westerheide.

Am Mittwoch den 19. Februar, nachm. 4 1/2 Uhr:

Oeffentliche Volks-Versammlung

im Henken'schen Saale.

Referent: Unser erster Kandidat zur Oldenburgischen Landesversammlung, Herr Landtagsabgeordn. Dannemann-Tungeln.

Nachher: Freie Aussprache.

Anschließend hieran findet eine

Mitglieder-Versammlung

statt.

Der Vorstand.

Immobil-Verkauf.

Maurermeister G. Ziese hier selbst läßt

Dienstag d. 25. Februar, nachm. 4 Uhr,

in Thiens Gasthaus zu Saltrup, seine daselbst belegenen zwei

Besitzungen

bestehend aus 2, je zu zwei Wohnungen eingerichteten neuen Wohnhäusern mit je 10 Sch. S. Garten- und Bauländereien

mit Antritt auf Mai n. Js. öffentlich meistbietend zum Verkauf aussetzen.

Westerheide.

G. Koch, Autt.

Immobil-Verkauf.

Frau Rechnungsführer G. Hinrichs Ww. hier selbst beabsichtigt ihre hier selbst an der Gartenstraße belegene, zu 2 Wohnungen eingerichtete, schöne

Besitzung

bestehend aus dem Wohnhaus und Gartenland, groß 8,20 Ar,

mit Antritt zum 1. Nov. ds. Js., evtl. auch früher, zu verkaufen.

Kaufliebhaber wollen sich baldigst melden.

Westerheide.

G. Koch, Autt.

Öffentlicher Verkauf

Apen. Frau Witwe S. Harms in Roggenmoor will wegen Umzuges am

Donnerstag d. 20. Febr., nachm. 2 Uhr auf,

in und bei ihrem Hause folg. Gegenstände als:

1 tracht. Schaf,

1 tracht. Ziege,

2 Hühner,

1 Glasstrant, 1 großer Koffer, 1 Kommode, 1 Tellerboite, 2 Spiegel, 2 Tische, 1 Garderobe, 1 Lehnstuhl, 6 Stühle, 1 Regulator, 1 Hängelampe, 2 Wandlampen, 1 Stalllaterne, 1 Spinnrad, 1 Waschbasse, 1 Batterielarne, mehrere Töpfe, Teestel und Eimer, 1 Waschkopf, Porzellanachen, darunter 1 Kaffeezettel, 1 Wandtafel, 4 Fack Gardinen, einige Körbe u. d. Schildereien, 1 Paar Stiefel u. 1 Paar Stiefelholzschuhe, Senfe, Sichel, Spaten, Forken, Haden, Biden, Haarsplit und Hammer, Säge, Beil, Torfgräbergerätschaften, 1 Borstharre, 1 Quantum Heu, Stroh, Dünger und was sich sonst noch alles vorfinden wird, öffentlich meistbietend durch mich verkaufen lassen.

Kaufliebhaber ladet ein

Janssen, Autt.

Kammzwecken

(Holzschuhnägel)

sind jetzt in großer Menge auf Lager.

J. Bücking.

Petersfeld. Zu verkaufen ein mittelmäßiger guterhaltener

Ackerwagen.

D. Becken.

Der Ammerländer

(Fernsprecher Nr. 5.)

Preis fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postanfragen und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigengebühr für die einseitige Kleinzeile (oberer Raum) für Auftraggeber aus dem Herzogtum Oldenburg 20 Pf., für außerhalb des Herzogtums wohnende 25 Pf. Reklamen kosten 75 Pf. Die Zeile Anzeigen-Nachnahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten.

Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Plagiatsschriften bei Aufgabe der Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 43

Beitersiede, Donnerstag den 20. Februar 1919.

59. Jahrgang

Gelöste Fragen.

Der Seiger der Weltkriege rückt immer weiter, und es wird immer klarer, was unsere Feinde mit uns vorhaben. So leidenschaftlich wir diesen vorantreiben, mit ihnen an einem Tische sitzen zu dürfen, um die Fragen aller lösen zu helfen, die der Krieg den glücklichen Völkern aufgeworfen und hinterlassen hat — wir pochen auf verlässliche Ähren, wir preigen tauben Ohren. Sie sitzen über uns zu Gericht, ohne uns auch nur als Angeklagte die Möglichkeit der Verteidigung zu gewähren; wir sind verurteilt, ehe auch nur das Verfahren in unserem Sinne begonnen hat. Aus dem Waffenstillstand machen wir jetzt in den Zustand des Friedens hinein, aber Herr Erzberger wird erst nach Krieg bemüht, wenn zuvor in Paris alles bis ins kleinste abgeklärt und das Ultimatum bis auf das 8. fertiggestellt ist. Unterschreiben dürfen wir, nichts als unterschreiben — und wenn es unser eigenes Todesurteil ist.

Unsere Regierung hat, kaum daß der Waffenstillstand geschlossen war, sich bereit erklärt, vor einer internationalen Untersuchungskommission über die Ursachen des Weltkrieges Rede und Antwort zu geben, ihre diplomatischen Archive zu öffnen und jeden Spruch eines neutralen Gerichtshofes entgegenzunehmen. Darauf soll sie noch heute eine Antwort bekommen. Nicht etwa, weil die Weltmächte noch keine Zeit gefunden hätten, sich mit dieser Frage aller Fragen näher zu befassen — sie lehnen es nur ab, sie mit uns überhaupt zu verhandeln. Das machen sie ganz unter sich ab, im Halbdunkel der Kuschelstühle, die sie dafür eingelegt haben, und dann kommt Herr Baumbach und verkündet der alten und der neuen Welt, daß die Schuldfrage endgültig gelöst sei, daß man es abschließen müsse, über sie erst nach dem Schluß der weitläufigen Erörterungen einzutreten. So sicher also fühlen sich diese Herrschaften bereit, daß sie es nicht einmal für nötig gehalten, den Schein eines unparteiischen Gerichtsverfahrens zu wahren. Daß sie entschlossen alle Folgerungen aus ihrer einseitigen, parteiischen, willkürlichen Schuldbestimmung ziehen, ohne sich auch nur im geringsten darum zu kümmern, ob wir gegen sie protestieren, ob wir an das Weltgewissen appellieren, ob wir uns mit Händen und Füßen gegen unsere moralische mehr noch als gegen unsere materielle Abwürgung sträuben oder nicht. Für sie ist der Fall erledigt; den Inhalt unserer Archive können wir ruhig für uns behalten. Mit unserm Verstand verhandelt man einfach nicht. Das Recht haben wir verurteilt.

Nicht anders scheinen sie in einer Sonberbar vorzugehen zu wollen, an die jeder Deutsche, dem seine Ehre noch etwas gilt, nur mit ältlichem Herzen herangehen sollte: die Verantwortlichkeit des Kaisers und seiner Stiefväter für Krieg und Kriegführung. Um deutsches Staats- und Verfassungsrecht, das doch hier einzeln und allein maßgebend sein und bleiben kann, kümmern sie sich nicht einen Bliffenlang. Enklische, französische Rechtslehre werden uns Gutachten angehängt, und was diese aus der Tiefe ihres Gemüts an Spruchgewalt hervorholen, daß soll dem Richterpruch über deutsche Männer, die schließlich doch nur ihrem eigenen Volk Rechenschaft schulden, zugrunde gelegt werden. Da sie sich verteidigen wollen, wie sie sich verteidigen können, das läßt die Herren nichts übrig. In ihrer Hand ruhen jetzt jedes Schicksals Fäden, und sie denken gar nicht daran, ihre Macht auch nur um ein Zitzchen zu verkleinern zu lassen. Auch die Frage ist für sie bereits gelöst. Wir haben lediglich zu warten, bis man es für angezeigt hält, uns die gestroffene Entscheidung bekannt zu geben.

Der die Frage der Gefangenbehandlung. Raum waren hier die ersten Klagen gegen uns vorgebracht worden, als wir sofort eine eigene Untersuchungsbehörde mit ausgedehnten Vollmachten, mit richterlichen Befugnissen, einsetzten, die von heute auf morgen ihre Tätigkeit aufnahm. Nicht nur daß jeder Einzelfall vor ihr in voller Öffentlichkeit verhandelt wird, sie hat auch unmittelbare Strafbarkeit, so daß jedes Verfahren ohne irgendwelche Einmischung anderer Anstalten durch sie allein von Anfang bis zu Ende durchgeführt wird. Wir erlauben uns im Hinblick auf diesen Beweis unseres guten Willens nur den bescheidensten Wunsch auszuspochen, daß man nun auch vielleicht auf der Gegenseite ein ähnliches Verfahren einleiten werde, denn es besteht einiger Grund zu der Vermutung, daß die Behandlung der deutschen Gefangenen in England und Frankreich auch mancherlei zu wünschen übrig lasse. Und der Erfolg? Auch hier wurden wir nicht zu begreifen, daß von einer Gleichwertigkeit deutscher und — anderer Menschen nur teutonische Schwärmer träumen können.

Der Völkerbund? Aber natürlich hat die Entente ihn aufgebracht, ohne ihn durch unsere schon in fast demütigender Form erbetene Mitarbeit zu behelken. Wir dürfen draußen stehen und um Einlass betteln, und dann wird sie darüber entscheiden, ob wir zugelassen sind oder nicht. Die Verteilung der Kolonien? Darüber ist kein Wort mehr zu verlieren, auch diese Frage ist gelöst. Nach dem unruhigen Beispiel von Lord George hat jetzt auch Herr Wilson nun heraus erklärt, daß Deutschland zu überseidenden Besitzungen nicht wieder zugelassen werden wird; wir hätten den Eingeborenen unerträgliche Lasten und Ungerechtigkeiten auferlegt, also seien wir fernerhin unwürdig, noch irgendwelche Herrschaftsbereiche über sie

auszuüben. So werden wir verurteilt, moralisch geküßt und entehrt, ohne daß man uns auch nur angehört, geschweige denn sich mit unserer Verteidigung auseinandergesetzt hat. Und dieses in aller Welt- und Menschheitsgeschichte ganz unerhörte Verfahren selbst hat sich überdies noch in das Wesend erhabener Gerechtigkeit, auf festen Grund gesellter Unfehlbarkeit. Jetzt wird Herr Wilson nach Amerika zurückkehren, voller Befriedigung über das, was er hier vollbracht hat. Wir aber liegen zerstückelt am Boden — und gedachten doch nach allen Entbehrungen der letzten Monate nun endlich ein neues Leben beginnen zu können.

Es soll nicht sein, nach dem Willen unserer Feinde soll es nicht sein. Das demokratische Deutschland wird von ihnen noch schimpflicher, noch grausamer behandelt als das kaiserliche. Wird es trotzdem die Kraft besitzen, sich aus der Fische der Vernichtung in neuer Gestalt zu erheben? Das ist und bleibt eine ungelöste Frage. Wehe uns, wenn wir sie nicht aus eigener Kraft lösen können.

Vertagung der N.B. zum Zeichen der Trauer.

Erzbergers Erklärungen zum Waffenstillstand.

(8. Sitzung.)

OB. Weimar, 17. Februar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Ministerpräsident Erzberger das Wort, um anzukündigen, daß sofort eine Erklärung unseres Vertreters in Paris erfolgen solle.

Reichsminister Erzberger

verliest den Wortlaut des neuesten Zulassabkommens zum Waffenstillstand und knüpft daran die Bemerkung, er möchte seinem Mitlande der Vertagung der künftigen Sitzungen, wie sie ihm in Paris beizubringen gesehen wären. Die am Freitag abend von ihm abgeordneten Deputierten seien selbstverständlich bis zum folgenden Tage nachmittags noch nicht in den Händen der Regierung in Berlin und Weimar gewesen. (Hört, hört!) Ich, sagt der Redner, verlannte darauf 24 stündige Frist von Reichsamt Reich. Dies lehnte Reichsamt Reich mit den Bemerkungen ab, wenn bis Sonntag abend 6 Uhr der Waffenstillstand nicht verlängert werde, er, Reich, seine Befehle an die Truppen geben und der ganze Waffenstillstand ereide Montag früh 5 Uhr sein Ende. An den Bedingungen, die von den alliierten Regierungen festgelegt seien, könne nichts geändert werden, auch Wilson habe ihnen zugestimmt.

Große Bewegung ging durch das ganze Haus, als Erzberger erklärte, daß Reich die Herausgabe der 800 000 gefangenen Deutschen abgelehnt habe.

Einmütig stimmte daraufhin das Haus den Antrag des Reichsministers an, zum Zeichen der Trauer für die Trierer Vorgänge die Sitzung aufzuheben und sich auf morgen zu versetzen.

In Rahmen der Interpellationen der deutschen Volksräte sollen in den nächsten Tagen alle Fragen, die mit dem Waffenstillstand im Zusammenhang stehen, besprochen werden.

Die große Auseinandersetzung.

Nachklänge aus der Nationalversammlung.

Die Zweifel hat die großartige Rede des Reichsfinanzministers Schiffer in der Nationalversammlung tiefen Eindruck hinterlassen, wenn sie auch ein positives Programm des finanziellen Wiederaufbaues vermissen ließ. Die Offenheit, mit der sich der neue Finanzminister zu dem Ernst unserer Lage bekannte, und mit der er seine Forderungen begründete und neue Entschlüsse, die Geradheit, mit der er sich mit dem früheren Weltwirtschaftslystem auseinanderlegte, trug ihm reichen Beifall zu und weckte starken Nachhall im ganzen Hause. Und dennoch hatte die Sitzung noch einen zweiten Höhepunkt. Das war das

Rebeduell Haase-Moße.

Der unabhängige Sozialist Haase hielt eine seiner gewöhnlichen Reden, die eine Wiederholung der unabhängigen Angriffe auf die Regierungslogik und ein Wehklagen brachte, ob des schweren Unrechts, das den völlig schuldlosen Spartakusanhängern und ihren unabhängigen Willkürern angetan worden ist. Außenpolitisch sollte die Rede eine Rechtfertigung der Kriegspolitik der Unabhängigen sein, die natürlich alles vorübergehen hat, die meinte, daß Deutschland den Krieg verlor, und die gleichwohl, wie Herr Moße sofort feststellte, bis zum 9. November von einem deutschen Eroberungskrieg sprach. Haase erklärte, daß die Niederlage vorüber sei, mit allen Mitteln gegen die drohende Katastrophe zu wehren. Mit ganz außerordentlichem Gelassenergebot antwortete Reichswehrminister Moße. Er belegte einwandfrei und überzeugend, was Gefühlsfinder die Unabhängigen finden, deren Führer in Bremen verschwanden, als es ernst wurde, deren Untertanen in Cuxhaven

den Waffenstillstand gefährdeten

und das Vorkommen der Schiffe zur Heimführung der deutschen Soldaten auf die Ukraine verbanden. Den Vorwurf, eine gegenrevolutionäre Schutztruppe durch die Freiwilligenwerbung für den Kampf gegen die Polen geschaffen zu haben, wies Moße überlegen zurück und zeigte die großen nationalen und wirtschaftlichen Gefahren, die der sich mit gebärdende polnische Imperialismus für das deutsche Volk zur Folge haben würde. Ein bedeutender Teil notwendiger Lebensmittelverträge liegt in den von

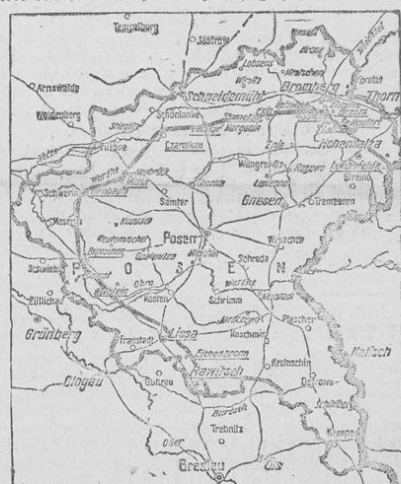
den polnischen Händen bedrohten Bezirken. Wenn die Lieferung dieser vertragsmäßig zugesicherten, für unsere Volksernährung unbedingt notwendigen Lebensmittel unterbunden wird, sind die Folgen nicht abzusehen. Jeder Satz der polnischen Ausführungen war vernichtend für die fraktion Daale, die durch Lärm und Toben, durch Burleske und Lachen das Haus über ihre heisse Lage hinwegtäuschen wollte. Besonders wirkungsvoll war das Material, das Moße gegen einzelne Mitglieder der Unabhängigen fraktion selbst vortrug.

Das war die erste lang erwartete Auseinandersetzung zwischen den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen. Sie ist im allgemeinen ruhiger verlaufen, als man vielfach annahm. Sie hat zugleich gezeigt, daß alle Versuche, die Einheit der Partei herzustellen, scheitern müssen, denn in Daale und Moße Händen sich letzten Endes die Vertreter grundverschiedener Weltanschauungen gegenüber.

Neue Angriffe der Polen.

Kämpfe bei Nagel und am Negetanal.

Die Polen kümmern sich offenbar nicht im mindesten um das neue Waffenstillstandsabkommen mit der Entente, das auch sie verpflichtet, alle Kampfhandlungen gegen Deutschland einzustellen. So wurde ein polnischer Angriff auf den mächtig überlegenen Kräfte gegen Wroslaw abgelehnt. Ein Versuch der Polen, östlich des Balbes einen Sieg über den oberen Negetanal zu schlagen, wurde vereitelt.



Beiderseitige Artillerietätigkeit bei Nagel. Auch bei Nagel und Wroslaw scheiterten polnische Angriffe. Die Befestigungen sind aus der beigefügten Karte zu ersehen, sie außerdem die genaue Demarkationslinie enthält, die Deutschland und Polen gleichermaßen von der Entente ausgenommen wurde. Schon jetzt laufen aus fernöstlichen Städten und Orten, wie Westfalen und Ostpreußen, flammende Proteste gegen die neue Verwaltungsverteilung bei der Regierung ein.

Genf. Nach Pariser Meldungen rechnet man in dortigen einflussreichen Kreisen damit, daß die Verhandlungen über den Präliminarfrieden am 1. April beginnen werden.

Frankreich gegen den Anschluß Österreichs.

Rotterdam. Nach Meldungen aus Paris erklärte der französische Außenminister Briand, daß Frankreich dem Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland nicht dulden werde.

Italien vor der Revolution.

Enghien. Alle Nachrichten aus Italien besagen, daß dort die Revolution bevorsteht. Die Weimarer in Deutschland nehmen täglich zu. Im ganzen Land herrscht ungeheure Erregung über die Verschleppung der Demobilisierung.

Große Arbeiterunruhen in England.

London. In der internationalen Industrie macht sich eine starke bolschewistische Bewegung bemerkbar. Über Birmingham wurde der Besetzungszustand verhängt. In zahlreichen Industriestädten wurden Arbeiterarrestationen durchgeführt.

Weiterer in französischen Meer.

Nagel. Die Wälder melden eine zunehmende Klärung unter den französischen Besatzungstruppen. Die Stimmung unter ihnen sei immer ruhiger geworden. Die Wälder wiederholen sich, daß die Soldaten ihre Gewehre in den Rhein werfen. Die Disziplin nimmt schnell ab. Die französischen Soldaten hoffen, daß die Revolution in Frankreich in der nächsten Zeit ausbrechen werde.

Bolschewistische Militärenten in Amerika.

New York. Hier wurden 54 bolschewistische Militärenten verhaftet, die in den Vereinigten Staaten bolschewistische Unruhen entfachen wollten.

